

MÜNZENMAIERS MAGAZIN

UNZENSIERTE NACHRICHTEN AUS ERSTER HAND!

JUNGES EUROPA HAT GEWÄHLT:

*Kein Denkwort, sondern
Paradigmenwechsel*

IM INTERVIEW:

Hans-Christoph
Berndt
(AfD Brandenburg)



**MOGELPACKUNG
WAGENKNECHT!**

MÜNZENMAIERS MAGAZIN
gibt es auch digital!

**Unzensierte
Nachrichten
tagesaktuell**



WWW.MUENZENMAIERS-MAGAZIN.DE

Vorwort

Liebe Freunde,

es ist Sommer, die EP-Wahl liegt hinter uns und wir haben unser historisch bestes Ergebnis erzielt! Allen Unkenrufen und medialen Kampagnen zum Trotz hat sich unsere Bürgerpartei stark gesteigert und dafür gebührt Ihnen allen mein Dank!

Ich freue mich ganz besonders, dass mit Alexander Jungbluth ein äußerst fähiger Rheinland-Pfälzer ins EU-Parlament einzieht, er wird den Altparteienpolitikern in Brüssel Beine machen!

Interessiert haben wir alle auch beobachtet, wie das medial gehypte Projekt „BSW“ rund um Wagenknecht abschneidet und wir konnten erkennen, dass sich tatsächlich etliche Wähler für das BSW entschieden haben.

Wagenknecht ist Dauergast in Talkshows und überzeugt durchaus mit einigen klugen Aussagen, aber die meisten Bürger übersehen, wer eigentlich in ihrem Team ist und wofür das BSW steht. Auf diese Thematik gehen wir im Heft ausführlich ein und beleuchten die „jüngste Altpartei Deutschlands“, wie es mein geschätzter Kollege Hans-Christoph Berndt so treffend formulierte.

Apropos Hans-Christoph Berndt:

In Brandenburg stehen, genauso wie in Sachsen und Thüringen, im Herbst enorm wichtige Wahlen an und ich freue mich, dass wir den brandenburgischen Spitzenkandidaten und Fraktionschef für ein Interview in diesem Heft gewinnen konnten.

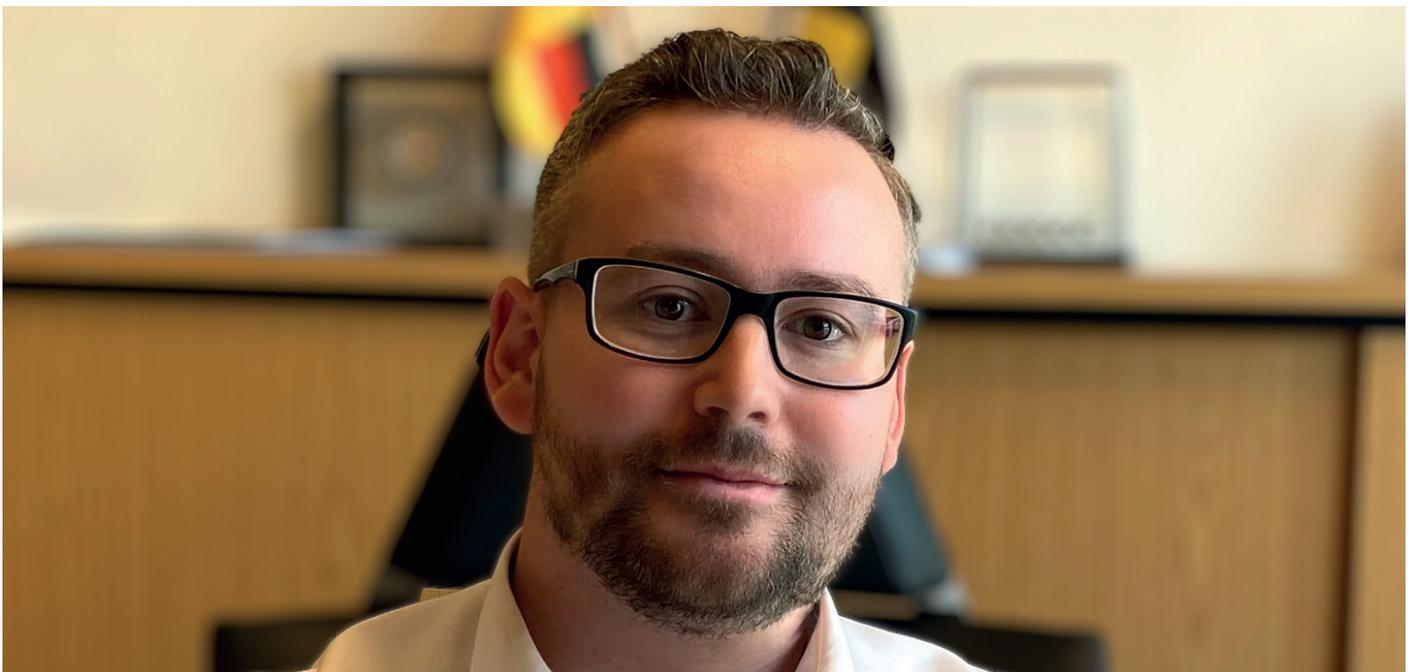
Viel Spaß beim Lesen und allen unseren Freunden im Osten maximale Erfolge bei den kommenden Wahlen!

Nun möchte ich Sie nicht von der Lektüre abhalten. Genießen Sie das neue Magazin, lassen Sie auch Ihre Familie teilhaben und sorgen Sie mit mir gemeinsam dafür, dass sich unsere Ideen verbreiten!

Nur gemeinsam werden wir dieses Land verändern. Ich zähle auf Sie und Ihre Unterstützung!

Herzliche Grüße

*Ihr
Sebastian Münzenmaier*



Inhaltsverzeichnis

03 Vorwort von Sebastian Münzenmaier

BSW & EUROPAAHL

07 Bündnis Sahra Wagenknecht: Die große Mogelpackung

11 Kommentar von Benedikt Kaiser: BSW - Die falsche Alternative

16 Das junge Europa hat gewählt

18 Alexander Jungbluth: Erfahrungen aus dem Wahlkampf

POLITIK & HINTERGRÜNDE

23 Im Gespräch: Interview mit Dr. Hans-Christoph Berndt

28 Sommer, Sonne, Freibadschlägerei

32 Rheinland-Pfalz: Gewaltaufrufe von SPD-Politiker

34 Chaostage: Messerangriffe während der EM

SONSTIGES

36 TV-Rezension: „Plötzlich Volkspartei“

38 Kreuzworträtsel

39 Kontakt, Info & Impressum

MÜNZENMAIERS MAGAZIN

JETZT KOSTENLOS ABONNIEREN

Sie wollen „Münzenmaiers Magazin“
regelmäßig direkt nach dem Erscheinen
erhalten?

Dann abonnieren Sie das Magazin absolut
kostenfrei und seien Sie immer einer der
Ersten, der die neueste Ausgabe in den
Händen hält.

Wie? Einfach eine E-Mail mit dem Betreff
„Abo Münzenmaiers Magazin“
und Ihren Adressdaten an
redaktion@muenzenmaiers-magazin.de
schicken.

Wir freuen uns über Ihre Nachricht!





BSW & EUROPAWAHL



BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT: DIE GROSSE MOGELPACKUNG

Beim ersten Griff in eine Pralinschachtel weiß man erst einmal nie genau, was man bekommt. Ganz ähnlich verhält es sich derzeit beim „Bündnis Sahra Wagenknecht“. Die junge Partei tritt oft nur in Form ihrer großen Namensgeberin auf, die ständig in den Vordergrund gerückt wird und nicht nur omnipräsent in Funk und Fernsehen ist, sondern auch auf Social-Media mit Kritik an der etablierten Politik auffällt.

Doch was haben die Wähler eigentlich zu erwarten, wenn sie ihr Kreuz beim BSW setzen? Höchste Zeit, etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Und schon bei einem ersten Blick auf das Parteipersonal, das Abstimmungsverhalten und die bereits formulierten Ziele der Funktionsträger der Partei drängt sich schnell ein böser Verdacht auf. Wird das BSW zur großen Mogelpackung und zur neuesten Altpartei?

Das BSW-Personal: Alt-Linke, Migranten-Fans & Corona-Jünger

Kommen wir zuerst zum Personal, das Wagenknecht um sich geschart hat. Das macht stutzig. Denn viele Funktionäre des BSW handelten in der Vergangenheit ganz anders, als es Wagenknecht derzeit in den Medien verkauft.

Da ist zum einen die thüringische BSW-Chefin Katja Wolf. Das jahrelange Mitglied der Linkspartei sorgte während der Corona-Zeit für Aufsehen, als die heute 48-Jährige im Dezember 2021 in der Funktion als Eisenacher Oberbürgermeisterin ein ganztägiges Versammlungsverbot verhängte und somit sogar gewisse Spaziergänge kriminalisierte.

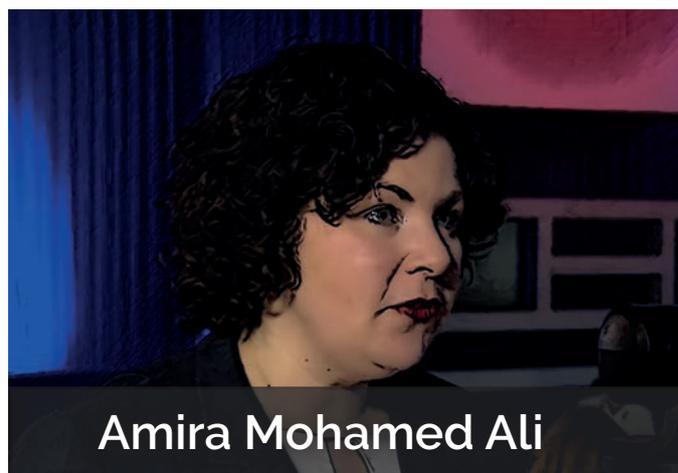
Zudem verweigerte Wolf jüngst bei der Verpflichtung der neuen Eisenacher Stadträte den neu gewählten AfD-Politikern den Handschlag. Die Ausschließertits, die das BSW nur allzu gern den Altparteien vorwirft, führt die Alt-Linke Wolf also selbst nahtlos fort.



Katja Wolf vom BSW

Und auch die Forderungen ihrer Parteikollegin Amira Mohamed Ali, immerhin Vize-Vorsitzende der neuen Partei, erinnern eher an grünlinke Altpartei als an frischen Wind. Bei einem Interview mit Moderator Thilo Jung vor wenigen Jahren erklärte Ali wörtlich:

„Ich bin generell gegen die Abschiebep Praxis, die es bis jetzt gibt. Keine Abschiebung nach Afghanistan, keine Abschiebung nach Syrien. Gar nichts!“



Amira Mohamed Ali

Das dürfte wohl zumindest in Teilen auch BSW-Generalsekretär Christian Leye gefallen, der sich in der Vergangenheit für die Aufnahme von sogenannten „Flüchtlingen“ und für eine Entkriminalisierung der „Seerettung“ aussprach, womit das Einschleusen möglichst vieler Ausländer gemeint sein dürfte.

Medienprodukt BSW: Eine Bühne, um der AfD zu schaden

Wenig überraschend findet dieses durch und durch linke Personal mit seinen mainstreamlastigen Aussagen in der breiten Öffentlichkeit kaum statt. Sahra Wagenknecht mit ihrer forschenden Kritik an den Zuständen im Land hingegen scheint hingegen überall zu sein. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die BSW-Politikerin nicht groß abgedruckt in Tageszeitungen zu finden ist oder ihr Gesicht nicht in eine der zahlreichen Fernsehkameras rund um den Bundestag halten darf.

Die öffentlich-rechtlichen Medien und auch die Springer-Presse rund um Bild und Welt tragen die 54-Jährigen auf dem Silbertablett auf die große Bühne.

Das Ziel dieser Medienkampagne dürfte klar sein: „Wählt die Sahra, aber bloß nicht die AfD!“ schreit es den Lesern zwischen jeder Zeile förmlich entgegen. Der Mythos Wagenknecht soll wohl nicht nur vom weiteren, größtenteils farblosen Personal ablenken, sondern bestenfalls auch verdecken, was hinter der angeblichen „Klartext“-Fassade des BSW lauert.

Das offenbarende Abstimmungsverhalten

An dieser Stelle lohnt sich ein Blick auf das bisherige Abstimmungsverhalten des BSW im Deutschen Bundestag. Denn hier wird schnell klar, dass den großen Worten von Wagenknecht, ähnlich wie denen eines Wolfgang Kubicki (FDP), im Plenarsaal nur wenig Taten folgen.

So kündigte die BSW-Chefin zwar medial groß an, den WHO-Pandemievertrag stoppen zu wollen. Es brauche eine Aufarbeitung der Corona-Zeit, wobei die „äußerst fragwürdige Rolle der WHO während der Corona-Pandemie“ eingeschlossen werden müsse, so Wagenknecht.

Dumm nur, dass die AfD-Bundestagsfraktion wenige Wochen zuvor einen Antrag zur Ablehnung des WHO-Pandemievertrag in das hohe Haus in Berlin eingebracht hatte, bei dem die BSW-Gruppe geschlossen einfach nicht zur Abstimmung erschien.

Begründet wurde das Fernbleiben mit Wahlkampfterminen. Für Irritationen sorgte ferner, dass die BSW-Abgeordneten einen Antrag im Bundestag zur Bekämpfung des politischen Islams zusammen mit der Ampel und Linken ablehnten.

AfD und Union hatten für den Antrag gestimmt, der infolge der schrecklichen Tat in Mannheim, als ein Afghane den bekannten Islamkritiker Michael Stürzenberger angriff und dabei einen Polizisten tötete, im Bundestag zur Abstimmung stand.

Das BSW entpuppt sich als Mehrheitsbeschaffer der Altparteien

Wie lassen sich die ersten Beobachtungen zum neuen Medien-Liebling BSW zusammenfassen? Eine neue, frische Kraft ist die Partei nicht.

Dazu sind die Akteure an Schaltpositionen zu sehr mit der alten Linken verbandelt.



Wagenknecht ist ein Liebling deutscher Medien



Ist Sahra Wagenknecht die Rettung für die Altparteien?

Geschickt wird jedoch das Zugpferd Sahra Wagenknecht ins Scheinwerferlicht gestellt, das die Medien der 54-Jährigen bereitwillig gewähren. In der Inszenierung der Medien darf die BSW-Frontfrau mit Kritik an den Altparteien punkten.

Doch in welche Richtung es mit ihrer Partei tatsächlich gehen wird, verrät ein kurzer Moment am Europawahlabend.

Auf die Frage von ZDF-Moderatorin Bettina Schausten, mit wem die 54-Jährige denn beispielsweise nach den anstehenden Ostwahlen koalieren wolle, antwortete Wagenknecht vielsagend: „Wir werden nach der Wahl mit allen demokratische Parteien, die da bereit wären, mit uns zusammenzuarbeiten, werden wir dann sondieren.“

„Demokratische Parteien“? War das nicht dieser Sprech der grünlinken Altparteien, den Wagenknecht in den vergangenen Monaten dringlichst vermieden und abgelehnt hatte, wohl auch um das penibel gepflegte Image der neuen Protestpartei zu pflegen?

Die Thüringische Spitzenkandidaten Katja Wolf bediente sich am BSW-Landesparteitag in Erfurt zudem billigster Anti-AfD-Rhetorik und erklärte, „dass Thüringen eine Alternative zur Alternative braucht, die mit ihrem menschenverachtenden Weltbild und ideologischen Verbrämtheit Thüringen in das finsterste Kapitel deutscher Geschichte zurückführen möchte“.

Das klingt mehr nach Grünen oder Linken, als es den meisten neuen Wählern der Partei lieb sein dürfte. Fasst man die Erkenntnisse zur neuen Wagenknecht-Partei mit der zu Beginn benutzten Metapher der Pralinschachtel abschließend zusammen, ergibt sich für das BSW zwar eine glänzend schillernde Verpackung. Schlussendlich bleibt das aber eine Mogelpackung, um die Bürger in die Irre zu führen.

Der Inhalt, der auf die Wähler wartet, dürfte aber enttäuschend sein und nur den Altparteien gut schmecken, die dank der Stimmen des BSW ihre volksvergessene Politik werden weiterführen dürfen.



BSW: DIE FALSCHER ALTERNATIVE

Sahra Wagenknecht hat es getan! Im Oktober 2023 hat die Ikone einer „linkskonservativen“ und linkspopulistischen Strömung innerhalb der Partei Die Linke einen Verein aus der Taufe gehoben, der Anfang 2024 in eine Partei überführt wurde: das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Später soll der egomanisch wirkende Name modifiziert werden – aber ob das wirklich passiert?

Jedenfalls hat es in Deutschland noch nie eine Partei gegeben, deren Chef sich offiziell selbst im Parteinamen verewigen ließ.

So oder so: Ihre Mannschaft um Christian Leye, der selbst ehemaliger Wagenknecht-Mitarbeiter ist, wirkt politisch geschult und organisatorisch bemüht. Die Kerntruppe stellt jener Minderheitsflügel in der Linken, der alle entscheidenden Abstimmungen in der mehrfach transformierten Partei Die Linke verlor.

An dieser Stelle sei beispielhaft an den Parteitag der Linken im Juni 2022 als Höhepunkt der Entzweiung erinnert. Die Niederlage der „Wagenknechtianer“ war total.

Ein Autor wie Sven Brajer, der seine Wagenknecht-freundliche Streitschrift gegen die Mehrheitslinke mit dem sprechenden Titel „Die (Selbst)Zerstörung der deutschen Linken“ (Wien 2023) versah, schrieb, dass der „Riss in der Linken nicht mehr zu kitten“ sei.

Achtungserfolg des BSW bei den Europawahlen

Der sächsische Historiker begrüßte die kommende Spaltung, da eine „Wagenknecht-Partei“ erfolgreicher wäre als eine zweite linksgrüne Kraft. Er wurde ausgelacht, sollte aber recht behalten: Wenn wir uns die Europawahl vom 9. Juni ansehen, stellen wir fest, dass das BSW aus dem Stand 6,2 Prozent erzielen konnte, während Die Linke auf 2,7 Prozent abfiel. All die linken Journalisten und Politiker, die meinten, Die Linke wäre befreit ohne den „reaktionären“ Wagenknecht-Sound und würde emporsteigen, sehen sich vollumfänglich widerlegt. Das BSW kann hingegen frohlocken und tut es ganz besonders in Ostdeutschland, wo man die alten PDS-Ergebnisse der 1990er Jahre in Erinnerung ruft: Fast 14 Prozent für das BSW dort stehen rund 4 Prozent für das BSW im Westen gegenüber. Offenbar hat man durch BSW-Stärkung einen Weg jenseits des Parteiverbots gefunden, nahende absolute AfD-Mehrheiten im Osten zu verhindern.

Dieser erwartbare Achtungserfolg des BSW bei der EU-Protestwahl liegt vor allem an einer Wählerwanderung von der SPD: 580.000 Menschen wechselten zum BSW. Von der Linken zogen 470.000 ab, von der AfD „nur“ 160.000 (– die AfD verlor ans Nichtwählerlager dagegen 380.000 Stimmen auf einen Schlag).

Der ÖRR meldete prompt, das BSW habe „mit einer bisher in Deutschland nicht vorhandenen Mischung aus linken und rechten Inhalten ein Potential erreicht, das Deutschlands Parteienlandschaft aufrüttelt und bei den Landtagswahlen im Osten im kommenden Herbst neue Koalitionsmöglichkeiten eröffnet“.

„Linksgrün“ oder „Linkskonservativ“?

Die Frage ist: In welche Richtung bewegt sich das BSW in Bezug auf mögliche Koalitionen? Das BSW kann nämlich in die eine oder andere Richtung Königsmacher werden. Wird beispielsweise der Freistaat Thüringen zu einem wahrhaften „Laboratorium des demokratischen Neuanfangs“ (Christina Morina), indem das BSW als (vermeintlicher!) Outsider des Politbetriebes die „Querfront“ mit dem (tatsächlichen!) Outsider AfD wagt, was angesichts der Übereinstimmungen in zentralen politischen Fragen (Migration, Ukrainekrieg, Lohngefälle usw.) zwischen mitteldeutschen AfD- und BSW-Wählern so naheliegend wie geboten wäre?

Oder, viel wahrscheinlicher, wird Thüringen das erste Bundesland mit einer Allianz aller im Landtag vertretenen Parteien, mit dem einzigen (negativen) Daseinszweck, die AfD niederzuhalten?

Wird das BSW also die Flanke des Establishments schließen, die weit geöffnet wurde, weil die Ampel-Parteien in ganz Ostdeutschland systematisch abgestraft werden? Dann wäre das „linkskonservative“ BSW bloß eine Sicherheitslinie für die „linksgrüne“ Linkspartei – und alles ginge weiter wie bisher. Will der Wähler das?

Im Herbst werden die Karten auf den Tisch gelegt

Es wird folglich spannend, schon bald. Denn im September 2024 wird, wie es der politische Zufall so will, ausgerechnet in den AfD- und BSW-Hochburgen Sachsen, Brandenburg und Thüringen gewählt. In Sachsen steht das BSW in Umfragen bei 4 bis 11, in Brandenburg bei 4 bis 13 Prozent.

Der Paukenschlag erklingt wie so oft in Thüringen. Letzte Umfragen sehen die Wagenknecht-Partei dort bei 16 (INSA) bis 21 (Infra-test Dimap) Prozent.

Der einsetzende Flirt der BSW-Verantwortungsträger mit der CDU um ein mögliches Bündnis CDU-BSW(-SPD) zeigt, dass die lang ersehnte Abwahl des Bündnisses aus Linkspartei, SPD und Grünen zwar näher rückt, aber durch ein neues linksorientiertes Bündnis ersetzt zu werden droht. Das riecht nach Fortsetzung der altbekannten linksliberalen Mainstream-Politik unter neuer Flagge. Eben dies droht, wenn man voreilig und ohne jede Not eine Kooperation mit der AfD ausschließt und damit selbst Teil jenes Meinungskartells werden möchte, gegen das man verbalradikal ins Feld zieht.

Selbst wenn Wagenknecht als Person, als Intellektuelle und als Stimme „der“ Ostdeutschen gilt – ihr Umfeld ist kartellorientiert und scheint strategisch nicht einmal vorsichtigen AfD blinken zu wollen. Dabei gäbe es inhaltliche Schnittmengen. Wagenknechts vorgegebene Generallinie – sozial, konservativ und anti-grün – findet auch in Ostdeutschlands AfD und natürlich unter ihren Wählern großen Zuspruch. Auch darüber hinaus, in ganz Westeuropa, stellt diese sozialkonservative Liaison derzeit ein politisches Erfolgsprogramm dar, ob in Ungarn unter Orbán, ob in Dänemark im sozialdemokratischen Gewand oder auch in Frankreich unter Schirmherrschaft der Le Pen-Partei Rassemblement National (– einerlei, wie man die neusten Entwicklungen Le Pens bewertet).

AfD & BSW: Produktive Konkurrenz

Die AfD sollte dementsprechend selbstbewusst mit dem BSW umgehen: im Zeichen einer produktiven Konkurrenz. Man selbst ist im Gegensatz zum BSW flächendeckend verankert und wird zunehmend nicht mehr nur aus Protest, sondern aus Überzeugung gewählt.

Das BSW hingegen lebt von ihrer alles überstrahlenden „Kultfigur“ an der Spitze, von der Anfangseuphorie, von der dauerhaften medialen Präsenz. Aber es verfügt über keinerlei graswurzelartige Verankerung in der Fläche. In Thüringen trat das BSW daher Ende Mai lediglich zu vier Kreistagswahlen an. Man zog zwar in alle Kommunalparlamente ein, aber wenige Wochen danach gibt es bereits interne Brüche und Austritte (dasselbe übrigens in der Oskar-Lafontaine-Hochburg Saarland).

Das dürfte so weiter gehen und stete Unruhe verbreiten; das einzige Bindeglied „Sahra“ wird im komplexen politischen Alltag nicht weit reichen.

Die AfD muss dennoch ernstnehmen, dass das BSW als Alternative zu ihr, speziell im Osten, medial aufgebaut und politisch offensiv beworben wird.



Man muss Wagenknechts Partei daher dort stellen, wo sie auffallende inhaltliche Schizophrenie verbreitet und als Mogelpackung viele Menschen täuscht.

Ein markantes Beispiel: Wagenknecht, die selbst nirgends kandidiert, sondern im Bundestag bleiben wird, und dennoch von allen Plakaten strahlt, plädiert für strikte Migrationsbegrenzungen, für einen starken (und damit personell beschränkten) Sozialstaat, für ein Ende offener Grenzen.

So weit, so vernünftig. Doch wie will sie das konkret durchsetzen mit einer Partei, in der die Top 3 neben Wagenknecht – Sevim Dağdelen, Amira Mohamed Ali und Fabio de Masi – Abschiebungen und Migrationsobergrenzen rigoros ablehnen? Mit Landesverbänden, die von altlinken und volksfernen Apparatschiks geführt werden?

Die weitere Frage ist simpel! Lässt sich das auf Dauer vereinbaren: „rechte“ Migrationskritik des Wortes und „linke“ Migrationspropaganda der Tat? Die Antwort ist ebenso einfach:

Nein, das ist unvereinbar!

Der Tenor muss daher ab sofort an allen Wahlkampffronten lauten: Die von Millionen Wählern erhoffte Migrationswende wird es nicht durch das BSW geben, sondern ausschließlich durch die AfD.

Sie muss in Thüringen, Brandenburg und anderswo deutlich über 30 Prozent kommen, um die Landespolitik erheblich zu verändern. Das BSW dient nun seitens des Establishments primär dem Zweck, ebendiese Durchbrüche zu verhindern.



Sebastian Münzenmaier

**ALLE REDEN & VIDEOS
BEI YOUTUBE:**

youtube.com/SebastianMünzenmaierMdB





MAGAZIN VERPASST?

Auf unserer Netzseite können
Sie sämtliche bisher erschienenen
Magazine downloaden:

WWW.MUENZENMAIERS-MAGAZIN.DE/PRINT



Als die Parteien der Ampelkoalition im November 2022 im Deutschen Bundestag beschlossen, das Wahlalter für die anstehende Europawahl von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen, überschlug man sich mit gegenseitigem Lob. Es wäre wieder an der Zeit „mehr Demokratie zu wagen“, junge Menschen könnten so ihren „Erfahrungen und Bedürfnissen Gewicht verleihen“ und wer die „politische Urteilsfähigkeit von jungen Menschen in Frage stellt, sollte vielleicht mehr mit ihnen reden, statt nur immer über sie“.

Das Kalkül dahinter: Junge Menschen sind woke, junge Menschen wählen links und mit den zusätzlichen 1,4 Millionen Wahlberechtigten erschließt man sich neue Wählerschichten – ein realitätsvergessener linker Trugschluss. Nach der Europawahl sah man die „Ampel“ ernüchtert. Denn das junge Europa hat zwar gewählt, aber zu großen Teilen rechts-konservativ.

Im Bereich der 16- bis 24-Jährigen wählten 16 Prozent die AfD, ein Zuwachs von 11 Prozent im Vergleich zur Europawahl von 2019.

Damit war die AfD in dieser Kohorte klarer Wahlsieger. Die Grünen hingegen verloren 23 Prozentpunkte gegenüber ihrem Wahlergebnis von 2019.

Ein Denkzettel für die Ampel, die offenbar an der Lebenswirklichkeit junger Menschen vorbeiregiert und eine Abstrafung für einen Wahlkampf erhielt, der ausschließlich auf die Ausgrenzung und Diffamierung des politischen Mitbewerbers ausgerichtet war.

Der omnipräsente „Kampf gegen rechts“ zog ebenso wenig, wie der moralische Zeigefinger grüner Lobbypolitik oder die beinahe minutiös inszenierten Empörungswellen gegenüber der AfD, welche nahezu täglich über die Bildschirme flimmerten.

Jugend will nicht noch mehr Migration

Die Trendstudie „Jugend in Deutschland“ legte deutlich offen, dass die Sorgen der jungen Generation vor dem Hintergrund einer zukunfts pessimistischen Grundhaltung zu betrachten sind. Neben Kriegen und Wirtschaftsproblemen zählt dazu auch die wachsende Sorge vor der Asyl-Migration.

Genauere Zahlen zeigen, dass sich 65 Prozent um Inflation sorgen, 60 Prozent um die fortschreitende Gewalt- und Eskalationsspirale der Kriege in Europa und Nahost, 54 Prozent um teuren und knappen Wohnraum. Der „Klimawandel“ und die „Spaltung der Gesellschaft“ rangieren bei je 49 Prozent; rund 48 Prozent treibt die Sorge um die Wirtschaftskrise sowie die Angst vor Altersarmut um. Verdoppelt hat sich, wie eingangs erwähnt, die Sorge vor einer „Zunahme der Flüchtlingsströme“, die sich mit 41 Prozent zur Vorjahreserhebung verdoppelt hat.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der historisch schlechten Wahlergebnisse der Ampelparteien liegt die Vermutung einer Denkwahl nahe, die Studie verweist allerdings auf einen grundlegenden Paradigmenwechsel.

„Unsere Studie dokumentiert eine tiefsitzende mentale Verunsicherung mit Verlust des Vertrauens in die Beeinflussbarkeit der persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen“, so Jugendforscher Simon Schnetzer.

„Die Aussicht auf ein gutes Leben schwindet. Die große Frage für alle Akteure in der Gesellschaft wird sein, wie sie junge Menschen für eine positive Vision im Land begeistern und sie an Veränderungsprozessen beteiligen können.“ Hinzukommt ein grundsätzliches Misstrauen in die „Problemlösungskompetenzen“ der in der Ampelkoalition agierenden Parteien.



AfD hat bei TikTok die Nase vorn

Rechtsruck der Jugend

Die Zustimmung zu politisch konservativen und rechten Ansätzen wächst, der AfD sei es in nur einem Jahr gelungen, ihren Stimmenanteil bei jungen Menschen fast zu verdoppeln. „Ganz eindeutig ist es der AfD gelungen, sich als Protestpartei für die Ampel und als Problemlöser für die aktuellen Sorgen anzubieten“, so die Forscher. „Wir können von einem deutlichen Rechtsruck in der jungen Bevölkerung sprechen“, resümierte Jugendforscher Klaus Hurrelmann weiter.

Aus der Studie lässt sich zudem ein identitätspolitisches Umdenken ableiten, das mit Zenitüberschreitung linker Sozialisationshegemonie einhergeht. Linke Ideen und Lösungsansätze haben trotz gebetsmühlenartiger Wiederholung an Zustimmung verloren, deren ideologische Prognosen sind an der realpolitischen Gemengelage zerschellt und haben dadurch an Glaubwürdigkeit verloren.

Wer in Schule, im Verein und durch die Medien mit realitätsfremden Ansätzen konfrontiert wird, beginnt sich zwangsläufig nach Alternativen umzuschauen und Bestehendes zu hinterfragen. Diese „Hinterfragung des Bestehenden“ wird seitens der AfD mit klaren und lösungsorientierten Ansätzen adressiert und aufgegriffen.

ERFAHRUNGEN AUS DEM WAHLKAMPF



Etwa sechs Wochen vor einer Wahl beginnt die heiße Phase. Es ist Plakatierungsbeginn, die Flyer sind gedruckt, die Infostände angemeldet, die Großveranstaltungen stehen bevor. Doch in der Geschichte der Bundesrepublik nie dagewesene Kampagnen gegen die AfD seit Jahresbeginn warfen innerlich Fragen auf: Wie reagieren die Bürger auf die Situation, wie ist die Sicherheitslage, wird es ein „normaler“ Wahlkampf?

Doch die Realität sollte die Zweifel Lügen strafen. Die Kampagnen bewirkten bei den Mitgliedern und Unterstützern eine „Jetzt erst recht“-Stimmung. Die Mitgliederzahlen in der AfD stiegen auf ein Allzeithoch und bei der Kommunalwahl konnten im gesamten Landesverband Rheinland-Pfalz Strukturen ausgebaut werden. Man kandidierte für unzählige neue Gemeinden, Städte und Verbandsgemeinden. Großveranstaltungen zur EU-Wahl wurden mit viel Herzblut von den zuständigen Verbänden durchgeführt und von den Bürgern rege besucht.

Die Stimmung und das Engagement der Mitglieder, insbesondere im eigenen Landesverband, war kaum zu übertreffen und diese Begeisterung war die beste Antwort auf all das Gift, das man uns von außen zutragen wollte.

Auch die Bürger ließen sich nicht beirren und erst recht nicht einschüchtern. Auch wenn die „Opfer gegen rechts“ (frei nach Sebastian Münzenmaier) vor unseren Veranstaltungen Hochkonjunktur hatten, war das Interesse an der AfD und unseren Positionen ungebrochen.

Zu dem Pfalztreffen in Kirchheimbolanden Anfang Juni, unter anderem mit Dr. Alice Weidel, kamen hunderte interessierte Bürger.

Die Halle war bis zum Anschlag voll und viele entschlossen sich noch am selben Tag dazu, Mitglied in der AfD zu werden. Mitgliedsanträge wurden uns auch an den Wahlkampfständen aus der Hand gerissen. An einem Tag in Idar-Oberstein entschlossen sich an einem ganz gewöhnlichen Wahlkampfstand gleich zehn Personen, Mitglied der AfD zu werden.

Bleibt der letzte Punkt, der in den vergangenen Jahren zugegebenermaßen nicht immer der einfachste für einen AfDler gewesen ist: die Podiumsdiskussionen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Wahlalter bei der EU-Wahl auf 16 abgesenkt worden ist, luden viele Schulen die EU-Kandidaten ein, damit die Schüler sich über die Wahl informieren konnten.

Und während solche Diskussionen an den Gymnasien der Großstädte noch vor wenigen Jahren, insbesondere zur Hochzeit von „Fridays for Future“, kaum von einer Antifa-Demo zu unterscheiden waren, ist wenige Jahrgänge später eine inhaltlich grundlegend veränderte Generation vorzufinden. Statt mit Buhrufen wurde man nun anders begrüßt: „Guten Tag, ich bin Schülersprecher und wähle selbstverständlich AfD!“

Statt den Aufwiegelungen und den dumpfen Parolen ihrer meist linken Lehrer zu folgen, wurde von den Schülern vielmehr etwa die mangelnde Sicherheitslage, die schlechte wirtschaftliche Lage, die fortschreitenden Deindustrialisierung und deren Folgen für die jungen Menschen angesprochen.

Zu dem eben erwähnten Pfalztreffen kam nach einer Podiumsdiskussion eine halbe Schulklasse, trotz oder vielleicht auch deshalb, weil die linke Lehrerin die beiden folgenden Unterrichtsstunden damit verbrachte, den Schülern eindringlich zu erklären, dass die AfD wirklich, wirklich schlimm sei. Linke Propaganda ist im Schulunterricht leider an der Tagesordnung.

Doch das Ergebnis all dieser Gegebenheiten des Wahlkampfes: Trotz des geplanten Versuchs, uns von außen zu schwächen, haben wir in Rheinland-Pfalz und in ganz Deutschland das beste bundesweite Wahlergebnis in der Geschichte der AfD erreicht und sind stärkste Kraft bei den Jungwählern geworden.

Es ist das Ergebnis von Zusammenhalt und Standhaftigkeit in einer schweren Zeit. Werte, die man nun auf künftige Wahlen übertragen muss

Diese nächsten Wahlen sind die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg.

Wegweiser für Deutschland!



JETZT MÜNZENMAIERS MAIL ABONNIEREN

**Melden Sie sich jetzt für den
Rundbrief von Sebastian
Münzenmaier an und erhalten Sie
spannende Infos und regelmäßige
Berichte aus erster Hand direkt in Ihr
Postfach.**

muenzenmaiers-magazin.de/muenzenmaiers-mail/



Impressionen - Aktiv für Deutschland





POLITIK & HINTERGRÜNDE



Im Gespräch:

Hans-Christoph Berndt ist seit Oktober Fraktionsvorsitzender der AfD im brandenburgischen Landtag und Spitzenkandidat für die Brandenburger Landtagswahl 2024.



Herr Dr. Berndt, hinter uns liegt die Europawahl. Gegen den kompakten politisch-mediale Komplex und trotz aller Widrigkeiten hat die AfD ihr bisher bestes Ergebnis auf Bundesebene erzielt. Woher kommt Ihrer Meinung nach dieser solide bundesweite Wählersockel?

Die AfD ist die Alternative zu einem Kartell von Parteien, die sich von Deutschland und den Deutschen verabschiedet haben.

Sie sehen unser Land als Bezirk eines EU-Zentralstaats, auf dessen Kosten sie die Welt durch Umvolkung und eine „sozial-ökologische Transformation“ verbessern wollen.

Das Ergebnis dieser Politik ist katastrophal: Die Gewaltkriminalität nimmt dramatisch zu, während das Bildungsniveau ebenso dramatisch sinkt, Betriebe und Fachkräfte wandern aus, außenpolitisch macht sich Deutschland nicht zum Partner, sondern zum Vasallen der USA und innenpolitisch schränkt es die Freiheit in einer Weise ein, die an die späte DDR erinnert.

Immer mehr Deutsche haben das satt und sehnen sich nach einer Partei, die sie nicht umerziehen will, sondern ihre Interessen vertritt. Deshalb ist Gino D'Agostinos „l'amour toujours“ der Hit des Jahres. Der Wählersockel der AfD wird täglich größer.

Im Herbst wird bei Ihnen in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Selbst wenn man bedenkt, dass im Vergleich zur Europawahl einige Wählerstimmen der „Sonstigen“ zu den größeren Parteien zurückfließen werden, scheint es noch völlig unvorhersehbar zu sein, wie sich eine mögliche Landesregierung zusammensetzen wird. Wie erklären Sie sich diese Zersplitterung in Brandenburg?

Das liegt an der Dämonisierung der AfD. Die früheren Volksparteien CDU und SPD sind keine mehr, (kein Wunder, wenn sie das Volk verneinen), die Grünen sind mehr und mehr verhasst, die Linken haben sich zur woken Sekte transformiert. Die großen Altparteien - die FDP war das nie - haben ihre Bindungskraft verloren.

In einem gleichberechtigten Wettbewerb wäre die AfD längst bei Weitem stärkste Kraft in ganz Deutschland und in Brandenburg nahe der absoluten Mehrheit. Die Tabuisierung der AfD verlangsamt diese Entwicklung. Noch immer wagen sich viele Zeitgenossen nicht, AfD zu wählen. Einige irrlichtern, wovon die CDU lebt, andere wenden sich neuen Parteien - vor allem Sahra Wagenknechts BSW - und Freien Wählern zu.

Was glauben Sie könnte oder würde eine der anderen Parteien angesichts dieser Parteienzersplitterung dazu bewegen, gegen den vermutlich enormen Druck der eigenen Bundespartei und der Medien in Potsdam eine Koalition oder Kooperation mit Ihrer AfD einzugehen?

Derzeit wohl nur ein überragendes Ergebnis der AfD, das jedermann vor Augen führt, dass die AfD die Partei der Zukunft ist. Dann könnte da oder dort der parteiimmanente Wille zur Macht dazu führen, sich der AfD anzunähern.

Sie haben bei Ihrer Wahl zum Spitzenkandidaten bekräftigt, dass es Ihr Ziel sei, stärkste Kraft zu werden und den Regierungsanspruch zu stellen. Was konkret würde mit einer AfD-Landesregierung anders werden in Brandenburg und wie würden Sie das umsetzen?

Die erste und wichtigste Änderung wäre eine andere Atmosphäre im Land. Die Vereidigung einer AfD-Regierung würde ein Fenster aufstoßen und wir könnten endlich aufatmen.

Und dann würden wir so schnell wie möglich so viel wie möglich von unserem Wahlprogramm verwirklichen: Remigration, Kündigung der Rundfunkstaatsverträge, keine Windräder im Wald, keine Photovoltaik auf Äckern, Lesen, Rechnen und Schreiben statt Indoktrination an den Schulen, kein Geld für Linksextremisten und Abwicklung des Verfassungsschutzes, um einige Punkte zu nennen.

Der Begriff der „Regierungsfähigkeit“ scheint angesichts der Umfrageergebnisse zunehmende Relevanz zu erlangen. Was bedeutet das für Sie: regierungsfähig sein?

Das bedeutet für mich vor allem unbestechlich zu sein und sich immer bewusst halten, dass Regierungsmacht für uns kein Selbstzweck ist und werden darf, sondern ein Mittel, um unserem Land und unserem Volk zu nutzen und Schaden von ihm abzuwenden. Um die technischen und technokratischen Bedingungen mache ich mir weniger Sorgen.

Und, ist die AfD das bereits, regierungsfähig? Und: Es wird mit härtestem Gegenwind in den Behörden zu rechnen sein. Wie will die AfD dem begegnen?

Wir sind regierungsfähig, wenn wir uns unseren Aufgaben und unserer Verantwortung bewusst sind. „Regieren“ leitet sich vom lateinischen „regere“ ab, was „richten“ oder „lenken“ bedeutet. Die Regierung sagt, wohin es gehen soll, die Ausführung übernehmen die Behörden. Ich rechne nicht mit einer umfassenden Arbeitsverweigerung der Behörden unter einer AfD-Regierung.

Sollte es sie punktuell geben, werden wir zu reagieren wissen. Ich setze darauf, dass die Mitarbeiter in den Verwaltungen aus Überzeugung oder aus Pflichtgefühl eine AfD-Regierung unterstützen werden. Wir als AfD brauchen programmatische Klarheit und integre Führungskräfte.

Beides haben wir schon und ich erwarte, dass wir uns bei einer Regierungsübernahme personell weiter verstärken können und dass eine AfD-Landesregierung talentierte Patrioten aus dem ganzen deutschsprachigen Raum anziehen wird.

Zu einer gewissen Bekanntheit hatten Sie es in Brandenburg schon als Gesicht und Stimme diverser Bürgerbewegungen gebracht. Stichwort: „Zukunft Heimat“. Was hat Sie damals motiviert, sich auf diese Weise in die Sphäre des Politischen zu begeben?

2015 wurde in meinem Nachbardorf mit 300 Einwohnern eine Asylantenunterkunft mit über 100 Plätzen eingerichtet. SPD, CDU, Linke, Grüne dachten keine Sekunde daran, die Bedenken der Einheimischen ernst zu nehmen und ihr Vorhaben wenigstens abzumildern. Ich war immer politisch interessiert; damals wurde mir klar, dass das Interesse nicht reicht, sondern dass ich mich bewegen muss, wenn ich meine Heimat nicht verlieren will. Deshalb habe ich zuerst „Zukunft Heimat“ mitgegründet und bin zwei Jahre später in die AfD gegangen.

Sie waren beruflich in der Berliner Charité beschäftigt, als Labormediziner und als Vorsitzender des Personalrates der dort angesiedelten gemeinsamen Medizinischen Fakultät der Freien Universität Berlin sowie der Humboldt-Universität zu Berlin. Nicht gerade „rechte Hochburgen“. Hatten Sie damals Sorge, ihr politisches Engagement könnte Sie berufliche Stellung und soziale Existenz kosten?

Ja, die hatte ich. Es gab eine Charité-Betriebsgruppe der Gewerkschaft Verdi, in der Leute mit Antifa-Kluft das Sagen hatten. Ich musste mit Angriffen gegen mich rechnen, aber das war mir egal. Die erste Aktion verpuffte noch. Eine Verdi-Aktivistin im Personalrat rief bei der Bild-Zeitung an und forderte dazu auf, etwas gegen den Rassisten im Fakultätspersonalrat zu tun.

Der Redakteur war aber so anständig, mich anzurufen und nach dem Gespräch mit mir das Thema zu lassen. Unhaltbar wurde meine Position in der Charité erst, nachdem Verdi und der RBB mich öffentlich diffamiert hatten und die Leitung der Charité sich diesem Druck beugte.



Nah am Bürger: Hans-Christoph Berndt organisiert regelmäßig Proteste vor Ort.

Was würden Sie anderen Menschen nach diesen Erfahrungen mit auf den Weg geben, die vielleicht auch politisch aktiv werden wollen, aber eben diese Sorgen hegen, etwa in Westbundesländern oder gar den – noch – linksdominierten Metropolen?

Die Sorgen vor Repressalien sind begründet und gerade in diesem Jahr verstärken Regierungen und Verfassungsschutzbehörden den Druck auf jeden, der nicht linientreu ist. Ich persönlich hatte viel Glück und bin deshalb zurückhaltend mit Ratschlägen.

Aber meine Erfahrung ist die, dass es gut und befreiend ist, sich politisch gegen die Zerstörung unserer Heimat zu wehren. Ich habe nach 2015 die alte Arbeitsstelle, alte Freunde und den Kontakt zu Familienangehörigen verloren. Aber ich habe mehr gewonnen:

Eine neue Arbeit, neue Freunde und eine neue geistige Welt. Und es tut der Seele und dem Körper gut, nicht nur Amboss zu sein. Seit 2015 hat sich Deutschland dramatisch zum Schlechteren verändert.

Für jeden, dem unser Land und sein Volk etwas bedeutet, ist es Zeit aufzubegehren. Und er kann sicher sein, dass er dabei nicht alleine ist.

Die Wahlen zum EU-Parlament, bei denen die AfD bei den jungen Wählern stärkste Kraft wurde, während die Grünen zwei Drittel ihrer Wähler verloren, sind Ausdruck eines womöglich historischen Bewusstseinswandels.

Die Jugend wird rechts. Das ist ein Grund zu Zuversicht!

Mit welchen Widersprüchen muss man umgehen lernen, wenn man als Bewegungsaktivist in die höheren Ebenen der Parlamentspolitik wechselt und wie schafft man es, sich selbst trotz allem treu zu bleiben?

Das Parlament - selbst ein so kleines wie in Brandenburg - ist eine eigene Welt. Man könne sich mit Anfragen, Anträgen und Sitzungen 24 Stunden am Tag beschäftigen.

Wir sollen unsere Sache gut machen („Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun.“), aber wir dürfen uns nicht im Parlamentarismus verlieren. Man muss sich immer wieder bewusst machen, dass unser parlamentarisches Handeln den Menschen außerhalb des Parlaments zu dienen hat. Wenn das klar ist, schüttelt man alle Anfeindungen der Altparteienkader ab und versucht nicht, sich bei denen beliebt zu machen.

Und man nutzt die Möglichkeiten, die ein Mandat bietet, um Aktivisten außerhalb des Parlaments zu unterstützen. Ein Abgeordneter der Alternative für Deutschland sollte immer selbstkritisch bleiben und den Kontakt zum Umfeld, manche sprechen vom Vorfeld, der Partei pflegen.

In Brandenburg ist die AfD in Umfragen und in vielen Wahlen längst stärkste Kraft. Was macht die Stärke Ihres Landesverbandes aus?

Naja, Brandenburg ist ein Bundesland im Osten der Bundesrepublik und da ist die AfD überall stärkste Kraft. Über die möglichen Ursachen ist viel spekuliert worden. Ich denke, es hat damit zu tun, dass die DDR bis zu ihrem Ende ein besseres Verhältnis zur deutschen Nation hatte, als die BRD spätestens seit der Kulturrevolution von 1968. Für die aktuelle Entwicklung in Brandenburg ist wichtig, dass der AfD-Landesverband in den letzten Jahren stärker geworden ist. Der Streit der Lager, mit dem wir nach der Annullierung der Parteimitgliedschaft von Andreas Kalbitz lange zu tun hatten, ist Geschichte.

Heute ist der Landesverband unter der Führung von René Springer geschlossen wie nie zuvor. Partei und Landtagsfraktion arbeiten eng zusammen. Und wenn es ein Brandenburger Spezifikum gibt, dann die feste Verbindung mit dem Umfeld. Das Stichwort „Zukunft Heimat“ fiel ja schon. Es ist auch alles andere als ein Zufall, dass René Springer, Dennis Hohloch, Jan Hornuf und ich vor drei Jahren unseren programmatischen Artikel „Alternative heißt: Es geht ganz anders“ auf Sezession.de veröffentlichten.

Eine letzte Frage zur Spaltung der Gesellschaft, die angeblich von der AfD befördert wird. Ist die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland wirklich so gespalten, wie es oft heißt, und wenn ja: Wie wird diese Gesellschaft zumindest teilweise wieder zu versöhnen sein?

Ja, die Gesellschaft ist gespalten und sie krankt daran. Die Grenzöffnung, Corona, der Ukraine-Krieg und das Verhältnis zu Russland, die Energiewende und die woke Kulturrevolution haben unsere Gesellschaft gespalten und spalten sie immer weiter. Diese Spaltung manifestiert sich in besonderer Deutlichkeit im Umgang mit der AfD.

Unsere Gegner begegnen uns in diesem Jahr 2024 mit mehr Feindseligkeit und Hass als je zuvor.

Sie haben Angst vor unserer gewachsenen Stärke. Jegliches hat seine Zeit und jetzt ist die Zeit, den Streit mit unseren Gegnern auszutragen. Nicht mit dem gleichen Hass, der uns entgegenschlägt, aber entschlossen und konsequent.

Wenn wir diesen Streit für uns entschieden haben, woran ich nicht zweifle, kommt hoffentlich eine andere Zeit.

Wir wissen doch, der Mensch braucht die Bindung an die Familie und die Nation. Wir sind nicht unversöhnlich. Wir reichen jedem, der sich ehrlichen Gewissens für unser Land einsetzt, die Hand.

Jetzt und in Zukunft.

Herr Berndt, vielen Dank für das Gespräch.



Dr. Hans-Christoph Berndt stellt sich bei der anstehenden Landtagswahl in Brandenburg dem Votum der Wähler.



WIE EIN ORT DER FREUDE ZUM ORT DER GEWALT WURDE

Ab und an, wenn der Sommer anbricht, die Tage früher beginnen und es zu warm für einen Pullover wird, werden Erinnerungen an schon länger vergangene Sommer wach.

Was war das für eine schöne Zeit, als man seinen Ranzen nach den letzten Schultagen für sechs Wochen Sommerferien ins hinterste Eck des Kinderzimmers schleuderte, die Lehrer und ihre Schimpfe ganz weit weg schienen und sich jedes Kind auf eine sonnenreiche Zeit mit seinen Freunden freute.

Wegen Migrantengewalt: Bad geschlossen

Mittlerweile sind viele Freibäder nur noch in einer langsam verblassenden Erinnerung so schön und friedlich.

Denn das Bild deutscher Badestätten hat sich massiv gewandelt.

Waren früher noch Wespen und der Bademeister das furchteinflößendste an einem Besuch im Schwimmbad, sind es heute die aufgeheizte Stimmung und massive Gewaltübergriffe eines migrantischen Besucherklientels.

Das kannte man zwar schon vor 30 Jahren, damals aber nur aus den Freibädern der Großstädte und Brennpunktviertel.

Heute ist es ein Massenphänomen. Im vergangenen Sommer 2023 eskalierte der „Badespaß“ in einigen Freibädern so massiv, dass selbst linkslastige Mainstreammedien die gesetzlos anmutenden Zustände am Beckenrand nicht mehr ignorieren konnten.

Das Columbia-Bad im berühmten Berliner Stadtteil Neukölln wurde mehrfach geräumt und geschlossen und stellte seinen Betrieb sogar sieben Tage am Stück ein, weil sich infolge massiver Gewaltausbrüche beinahe alle Mitarbeiter des Bades krankgemeldet hatten.

Stacheldraht am Eingang, Security am Beckenrand

Für zusätzliches Aufsehen sorgte ein Brief der Belegschaft der Bäderbetriebe Berlins, in dem die Mitarbeiter „auf das untragbare Ausmaß der Umstände“ aufmerksam machten. Angestellte der Freibäder würden verbal attackiert, bespuckt und bepöbelt. Personal werde „bewusst psychisch terrorisiert“. Hausverbote könnten kaum durchgesetzt und Strafanzeigen nicht bei der Polizei gemeldet werden.

Mittlerweile haben sich die Bäder auf die „immer neue Aushandlung des täglichen Zusammenlebens“ eingestellt. Ähnlich wie am Flughafen müssen sich die Besucher von Freibädern einer aufwendigen Ausweis- und Taschenkontrolle am Eingang der früheren Vergnügungsstätte unterziehen.

Zwei Bäder der Hauptstadt, eines davon in Kreuzberg, gehen sogar noch einen Schritt weiter und haben Stacheldraht um ihr Gelände gezogen. Zudem wird es in zahlreichen Schwimmbädern in der Hauptstadt Videoüberwachung und bis zu 20 Sicherheitsmitarbeiter gleichzeitig geben, die für Recht und Ordnung sorgen sollen. Kosten wird das Rundumsicherheitsprogramm voraussichtlich 2,5 Millionen Euro Steuergeld.



Die Bürger bezahlen mit ihrer Freiheit für die Massenmigration

Falls Sie es in den letzten Zeilen vergessen haben sollten: Im Text geht immer noch um Freibäder in Deutschland und nicht um Hochsicherheitstrakte in Mexiko.

Und doch steckt hinter dieser Absurdität eine bittere Wahrheit. Denn es sind stetig dieselben Muster, die sich situationsbedingt fortwährend wiederholen: Weil sich ein migrantisches Milieu, das von Altparteienpolitikern mit breit ausgestreckten Armen empfangen wurde, nicht an die bislang gängigen Regeln des Zusammenlebens hält, müssen Einheimische schrittweise auf bislang selbstverständliche Freiheiten verzichten.

Das ist beispielsweise in den Diskussionen um den Umgang mit Silvesterfeuerwerk genauso zu beobachten, wie beim Grillen an öffentlichen Plätzen oder eben beim Besuch des städtischen Freibads.

Und ob die getroffenen Maßnahmen von Security über Stacheldraht bis zu Ausweiskontrollen tatsächlich Wirkung entfalten, wird sich erst in den kommenden Sommermonaten zeigen.

Die diesjährige Freibadsaison startete im Mai mit einer Massenschlägerei in einem Strandbad in Neubrandenburg. Stundenlang gingen verschiedene Nationalitäten, darunter Syrer und Tschetschenen, aufeinander los und setzten laut Augenzeugenberichten auch Messer ein.

Das hat alles wirklich nichts mehr mit den kleinen Wohlfühloasen zu tun, in denen wir gerne die Sommer unsere Kindheit und Jugend verbrachten.

Aber das ist offenbar jene „Vielfalt“, von der so oft die Rede ist.



ABSCHIEBEN SCHAFFT WOHNRAUM: DEUTSCHLAND HAT EIGENBEDARF!



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Wohnungsnot ist Regierungsversagen!

Die Regierung hat vergeblich versucht, mit der Mietpreisbremse und anderen wohnungsbaupolitischen Maßnahmen Abhilfe bei der zunehmenden Wohnungsnot zu schaffen. Erreicht wurde im Ergebnis nichts. Die Situation für die Wohnungssuchenden in den Ballungsräumen hat sich nicht verbessert!

Abschieben schafft Wohnraum!

Die anhaltende Zuwanderung nach Deutschland verschärft die Wohnungsknappheit. Ein Stopp der Zuwanderung und eine Remigration der Ausreisepflichtigen würden zu einer spürbaren Entspannung auf dem Wohnungsmarkt führen. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung zum sofortigen Handeln auf, damit die drohende Wohnungslosigkeit von Inländern vermieden wird.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert:

-  **Zuwanderung strikt an Bedürfnissen des deutschen Gemeinwesens orientieren**
-  **Recht für Städte und Gemeinden, Zuweisungsentscheidungen abzulehnen**
-  **Deutsche und andere Einheimische bei der Vergabe von staatlich gefördertem Wohnraum bevorzugen**
-  **Ausreisepflichtige Ausländer abschieben**
-  **Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte beenden**
-  **Remigration von Nicht-EU-Ausländern initiieren, die straffällig wurden**
-  **Remigration von Nicht-EU-Ausländern, die ihren Lebensunterhalt nicht durch eigene Arbeitsleistung sicherstellen.**



afdbundestag.de/deutschland-hat-eigenbedarf



Ein junger Mann, komplett schwarz gekleidet, steht vor einer Fahne der linksextremistischen Terrororganisation Antifa. Auch seinen dunklen Pullover ziert das Wappen der Linksextremisten. Um möglichst gefährlich zu wirken, bedeckt eine schwarze Sturmhaube sein Gesicht. Voller Überzeugung gibt der Mann auf einem Videoschnipsel seine musikalischen Rapkünste unter dem Künstlernamen „McGingaa“ zum Besten.

Der Text? Sempel und primitiv. Auf die Melodie des bekannten Hits „L' Amour Toujours“ von Gigi D'Agostino wird wiederholt die Parole „Nazis aufs Maul, Refugees welcome“ vorgetragen. Auch weitere Glanzstücke, auf die ganz Hip-Hop-Deutschland gewartet haben dürfte, wie beispielsweise „Wir sind wie ne' Flut, unaufhaltsam, stoppen Faschos, wenn's sein muss, gewaltsam“ gibt der Vermummte zum Besten.

Nach circa 1:45 Minuten des knapp zweieinhalb Minuten langen Videos folgt dann die konkrete Gewaltandrohung in Richtung einer politischen Partei: „Labert der AfD'ler gerade Quatsch, trifft er uns und braucht danach Zahnersatz.“

Antifa-Rapper ist SPD-Politiker

Doch wer ist dieser „Musiker“ McGingaa, der sich offenbar in linksextremistischen Kreisen wohlfühlt und kein Problem mit körperlichen Attacken auf AfD-Mitglieder hat? Wie Nachforschungen zu dem Videoausschnitt zeigen, handelt es sich bei dem Hobby-Rapper mit Gewaltfantasien um den rheinland-pfälzischen SPD-Funktionär Robin Dautermann.

Der 23-jährige Student der Erziehungswissenschaften ist stellvertretender Vorsitzender der Jusos (Jugendorganisation der SPD) in Rhein-Selz, kandidierte zur rheinland-pfälzischen Kommunalwahl und ist Beisitzer im Vorstand des Ortsverbandes der SPD Nierstein und Schwabsburg. Und sei das alles nicht genug, wurde der linke Hobbymusiker im März dieses Jahres als Teil einer Delegation in die rheinland-pfälzische Staatskanzlei zur ehemaligen Ministerpräsidentin Marie-Luise Dreyer eingeladen. „Das Büro der Ministerpräsidentin ist echt schön, könnt ich mich dran gewöhnen“, schrieb der Student in den sozialen Netzwerken.

Sozialdemokraten unterstellen AfD „Hetze“, verbreiten aber selbst asoziale Gewaltaufrufe

Ein Antifa-Sympathisant mit Gewaltfantasien zu Gast bei der rheinland-pfälzischen Regierungschefin? Das passt so gar nicht zu einer SPD, die sich im Europa- und Kommunalwahlkampf nicht zu schade war, Gewalttaten gegen Politiker krampfhaft mit der AfD in Verbindung zu bringen. SPD-Chef Lars Klingbeil tönnte auf der großer Bühne einer nach einem Übergriff auf einen SPD-Politiker aus Sachsen eilig inszenierten Demo vor dem Brandenburger Tor: „Die Höckes, die Gaulands und die Weidels haben nicht direkt zugeschlagen. Aber sie haben das gesellschaftliche Klima mitproduziert, das andere Menschen dazu bringt, auf Ehrenamtliche, Aktivisten und Politiker einzuschlagen.“

Und auch die ehemalige rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Marie-Luise Dreyer erklärte damals: „Es ist ein kalkulierter Einsatz von Gewalt zur Einschüchterung von Demokraten.“ Aus verbalen Drohungen würden „abscheuliche“ Taten. Die 63-Jährige forderte zudem, dass Demokraten zusammenstehen und die Demokratie stärken müssten. Wohlwissend, dass sie mit den beschriebenen „Demokraten“ die AfD natürlich nicht meint.



Robin Dautermann (SPD)

Statistiken beweisen: AfD am meisten von Gewalt betroffen

Ein einfacher Blick in eine offizielle Auflistung des SPD-geführten (!) Bundesinnenministeriums entlarvt diese Stimmungsmache als sozialdemokratische Nebelkerze. Im Jahr 2024 (1. Januar bis 28. Mai) wurden AfD-Politiker bislang 26-Mal gewalttätig angegriffen, alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien kommen zusammen auf 12 Angriffe gegen sich.

Das Märchen von der gewaltauslösenden AfD, das Klingbeil und auch Dreyer unters Volk bringen möchten, zerbröselt an den harten Fakten. Vielmehr drängt sich unweigerlich die Frage auf, ob nicht Mochtegern-Politiker wie SPD-Dautermann mit ihren offenen Gewaltfantasien ursächliche Mitschuld an den gewalttätigen Zuständen im Land tragen. Zumal dann, wenn sie noch von Ministerpräsidentin Dreyer hofiert werden, von der hierzu kein Wort des Bedauerns bekannt ist.

Plötzlich kleinlaut

Sturmhauben-Antifa-Rapper Dautermann sieht das nicht so. In einem Statement auf seinem Instagram-Kanal reagierte der 23-Jährige, der jüngst für seine Rap-„Künste“ mit einem 600 Euro schweren Kulturpreis von CDU-Landrätin Dorothea Schäfer belohnt wurde, auf den Artikel des Nachrichtenportals NIUS über ihn und erklärte dabei, dass für ihn „vollkommen klar“ sei, „dass Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist und auch niemals sein darf.“

Das Video habe er als „Privatperson und Künstler produziert und veröffentlicht“. Vieles sei „metaphorisch“ gemeint, das Video war „zu keinem Zeitpunkt“ als Aufruf zur Gewalt gedacht. Dautermann werde sich auch weiterhin für „Demokratie, Freiheit und ein solidarisches Miteinander einsetzen.“ Fragt sich nur ob mit Sturmhaube oder ohne.



Unter Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) verkümmert Deutschlands innere Sicherheit mehr und mehr. Die Messerattacken und Gewalt-Eskalationen rund um die Fußball-Europameisterschaft legen schonungslos offen, was die jahrelange Politik der offenen Grenzen in unserem Land angerichtet hat. Ein Überblick über gewalttätige Tage in Deutschland.

Die Fußball-Europameisterschaft war gerade angelaufen und eigentlich hätte die Stimmung überall ausgelassen sein sollen. Die deutsche Nationalmannschaft startete furios in das Turnier und legte mit einem 5:1 gegen überforderte Schotten den Grundstein für ein hoffentlich langes Fußball-Vergnügen für die deutschen Fans.

Doch trotz dieses glanzvollen Auftakts der Nagelsmann-Truppe ist die Stimmung im Land noch etwas gedämpft. Zahlreiche Gewalttaten legen der Welt offen, wie sehr die innere Sicherheit in der Bundesrepublik mittlerweile erodiert ist.

Wolmirstedt: Afghane stürmt EM-Party mit Messer

Der wohl grausamste Fall ereignete sich zu Beginn der EM in Wolmirstedt in Sachsen-Anhalt. Dort griff ein Afghane eine private Public-Viewing-Veranstaltung mit einem Messer an und verletzte dabei zwei Menschen schwer.

Als der Messer-Mann auch noch die heran-eilende Polizei angreifen wollte, erschossen die Beamten den Ausländer. Wenig später kam heraus, dass der Messer-Mann schon vor dem Angriff auf die Fußball-Fete einen weiteren Mann in einer Plattenbausiedlung erstochen hatte.

Ebenfalls erstochen wurde am gleichen Tag ein Mann im Rahmen einer Massenschlägerei auf einem Fußballplatz im hessischen Untergliederbach. Insgesamt gab es 15 Verletzte, ein 30-jähriger Tatverdächtiger konnte am Samstag festgenommen werden.

Wieder afghanischer Messerstecher, diesmal in Ingolstadt

Auch am folgenden Wochenende kam Deutschland nicht zur Ruhe. Im bayrischen Ingolstadt zückte ein 17-jähriger Afghane ein Messer und verletzte einen 24-Jährigen in einem Park schwer. Das Opfer musste notoperiert werden, der Täter wurde wenige Stunden nach dem Angriff festgenommen.

In Berlin-Moabit kam es derweil an einem Samstagabend zu einer Schießerei. Auch hier wurde ein Mann schwer verletzt, die Polizei geht derzeit davon aus, dass der Schusswechsel in der Hauptstadt mit dem EM-Spiel Albanien gegen Italien zusammenhängen könnte.



**Antifa-Innenministerin
Nancy Faeser**

Mann bespuckt Klinikpersonal und zieht Messer

Brenzlig wurde es für die Polizeibeamten auch als in Itten bei Hannover ein 30-Jähriger mit einem Messer in Richtung der Polizei marschierte. Mehrfache Aufforderungen, die Waffe fallen zu lassen, ignorierte der Mann. Er wurde angeschossen und liegt schwer verletzt im Krankenhaus, wo er zuvor das Personal beleidigt und bespuckt hatte. Am gleichen Tag kam es dann noch auf der Hamburger Reeperbahn zu einem Zwischenfall, als ein 37-Jähriger mit einem spitzen Gegenstand und Brandsatz von der Polizei niedergeschossen wurde.

8 Messerattacken täglich nur in Berlin, zwei Gruppenvergewaltigungen deutschlandweit

All die aufgezählten Attacken sind nur ein kleiner Ausschnitt der neuen Lebensrealität in Deutschland. Täglich gibt es im Durchschnitt acht Messerattacken allein in der Bundeshauptstadt Berlin und zwei Gruppenvergewaltigungen pro Tag deutschlandweit. Aus der polizeilichen Kriminalstatistik lässt sich herauslesen, dass Ausländer bei nahezu allen Straftaten im Verhältnis zu ihrer in Deutschland lebenden Zahl massiv überrepräsentiert sind.

Beispielsweise in Frankfurt sind 100 Prozent der Täter schwerer sexueller Übergriffe Ausländer.

Doch statt Migrantengewalt endlich ernst zu nehmen, setzt Innenministerin Nancy Faeser auf bestmögliche Verschleierung. Das gelingt ihr aber immer schlechter, gerade während der EM, wo ganz Europa auf unser Land blickt.



Wenn öffentlich-rechtliche Journalisten Dokumentationen über die AfD drehen, schreibt sich das Drehbuch offenbar wie von selbst. Bedrohliche Musik, ein düsterer Ton und dunkle Farbspiele sollen beim Zuschauer das größtmögliche Unbehagen erzeugen und die Partei so grauenvoll und bedrohlich wie möglich darstellen.

Obendrauf kommen die immer gleichen „Experten“, die stets pflichtbewusst in die Kameras aufpassen, wie existenzbedrohend und unmenschlich eine AfD-Regierung doch wäre.

Dementsprechend gering war die Erwartung, als die neue Reportage des Rundfunk Berlin Brandenburg (rbb) „AfD – plötzlich Volkspartei“ kurz nach der Europawahl über die Bildschirme flimmerte.

Verantwortlich war obendrein noch Olaf Sundermeyer, der den meisten Lesern mehr als linker Aktivist denn als Journalist in Erinnerung sein dürfte. Und doch ist am Ende eine Dokumentation herausgekommen, die durchaus beachtlich ist und unterstreicht, wie stark die AfD mittlerweile in der Gesellschaft Brandenburgs angekommen ist.

Wahlkampf in Brandenburg: Nah am Bürger

Das rbb-Team begleitet in der Doku den Wahlkampf für die Kommunalwahl in Brandenburg. Die Hauptrolle nimmt dabei der AfD-Landesvorsitzende Dr. Hans-Christoph Berndt ein, neben ihm kommt auch die AfD-Nachwuchshoffnung Jean-Pascal Hohm aus Cottbus zu Wort.

Gefilmt wird zu unterschiedlichen Anlässen. Auf dem Marktplatz in der Lausitz, bei Unternehmerprotesten rund um Cottbus, beim Wahlkampf in Golßen in Südbrandenburg und bei einer Demonstration in Lübben.

Überall ist die rbb-Kamera dabei, um die Erfolgsformel der AfD zu dechiffrieren. Das gelingt aber eigentlich mit einem bloßen Blick auf die Bilder, die die Filmemacher einfangen. Die patriotische Partei hat stets ein offenes Ohr für die Bürger und nimmt deren Sorgen ernst. Das dürfte der Hauptunterschied zu denjenigen Parteien sein, deren Politiker hinter dickem Limousinen-Glas von Termin zu Termin chauffiert werden.

Das übliche Geraune darf nicht fehlen

Ohne die üblichen Floskeln von „gesichert rechtsextrem“ bis „völkisch-rassistisch“ kommt die rbb-Dokumentation erwartungsgemäß nicht aus. Zudem wird beinahe krampfhaft versucht, eine Bedrohungssituation für die angeblich eingeschüchterte Bürgermeisterin Daniela Maurer aus Golßen herbeizureden.

In einem Interview führt Maurer mit Blick auf Corona-Demonstrationen, die auch von der AfD mitorganisiert wurden, aus: „Es ist dann schon auch passiert, dass sie laut grölend an meinem Haus vorbeigegangen sind.“ Das sei eine „massive Bedrohung“ gewesen. „Ich fühlte mich in diesem Rahmen dann nicht mehr sicher“, so Maurer.

Hans-Christoph Berndt darf in der Dokumentation glücklicherweise kontern: „Ich weiß gar nicht, wo die wohnt!“

Die AfD ist in Brandenburg Volkspartei

Doch auch das übliche Geraune kann nicht verbergen, wie sehr die AfD mittlerweile in die Breite der Gesellschaft vorgedrungen und in Brandenburg fest verankert ist.

Die Filmaufnahmen der Marktplätze oder von Familienfesten beweisen, dass die AfD mittlerweile eine breite Klientel anspricht. Wenig überraschend dürften für rbb-Reporter Sundermeyer die Ergebnisse der Kommunalwahl am 9. Juni ausgefallen sein.

Die Blauen landeten in 16 von 18 Landkreisen und kreisfreien Städten auf Platz eins, zudem erhielt die Partei in 325 von 413 Gemeinden die meisten Stimmen. Und auch bei der zeitgleich stattfindenden Europawahl holte die AfD mit 27,5 Prozent klar den ersten Platz.

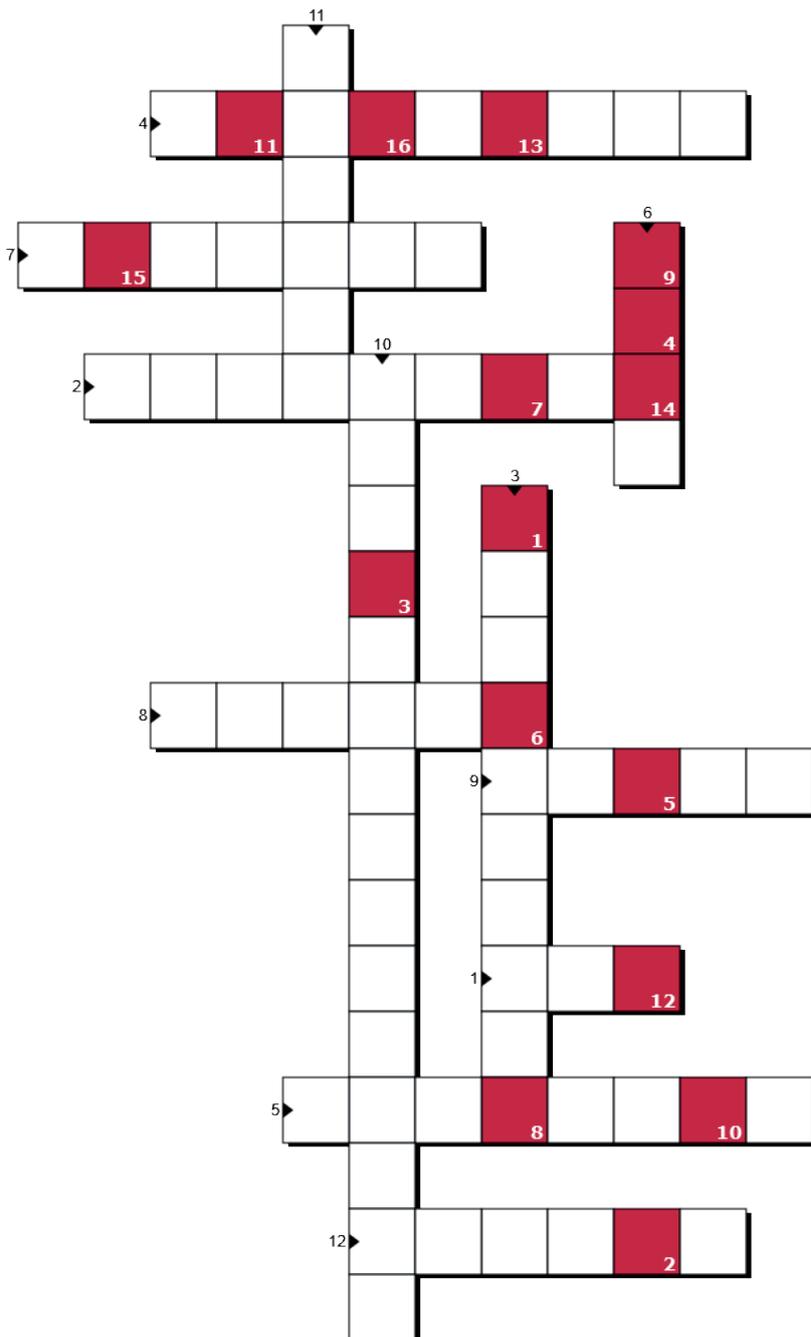
Bei der Landtagswahl am 22. September soll nun das Gewinner-Triple vollendet werden. Die Chancen dafür stehen gut. Oder um es mit den Worten von Hans-Christoph Berndt zusammenzufassen: „Wir haben erreicht, dass die AfD hier in der Umgebung eine Akzeptanz hat, die die anderen schauen lässt.“

Die gesamte Dokumentation des rbb über die AfD in Brandenburg findet sich in der Mediathek des rbb sowie u.a. bei YouTube:



Kreuzworträtsel

1. Welche Partei errang bei der Europawahl den zweiten Platz?
2. Dieser SPD-Politiker beleidigte die AfD in einer Nachwahlsendung zur Europawahl als Nazis:
3. Dieser SPD-Politiker aus Rheinland-Pfalz rappt gerne Gewaltfantasien in seinen Texten:
4. In diesem Berliner Stadtteil wurde Stacheldraht an der Freibadumzäunung angebracht:
5. In dieser Stadt fand ein schrecklicher islamistischer Terrorakt während einer Kundgebung statt:
6. Diese BSW-Politikerin warf der AfD ein „menschenverachtendes Weltbild“ vor:
7. Stärkste Kraft wurde die AfD bei der Europawahl unter anderem in welchem Bundesland?
8. Der AfD-Spitzenkandidat zur Brandenburg-Wahl heißt:
9. Diese Stadt wollte unbedingt verhindern, dass der AfD-Bundesparteitag 2024 dort stattfindet:
10. Diese Bundestagsvizepräsidentin sorgte mit einem Tweet zur Nationalmannschaft für Aufsehen:
11. In diesem Bundesland wird es dank der AfD einen Corona-Untersuchungsausschuss geben:
12. Diese Ministerpräsidentin trat 2024 von der politischen Bühne zurück:



1 2 3

4 5 6 7 8

9 10 11 12

13 14 15 16

1. AfD | 2. KLINGBEIL | 3. DAUTERMANN | 4. KREUZBERG | 5. MANNHEIM | 6. WOLF | 7. SACHSEN | 8. BERNDT | 9. ESSEN | 10. GOERING-ECKARDT | 11. HESSEN | 12. DREYER

Kontakt & Info



Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und in ganz Rheinland-Pfalz unterwegs zu sein, um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben.

Auf meinen Social-Media-Kanälen informiere ich Sie über aktuelle Veranstaltungen und Möglichkeiten des Austausches. Sie finden eine Übersicht meiner Kanäle unter:
www.sebastian-muenzenmaier.de

Bitte vereinbaren Sie für Bürgersprechstunden und Gesprächstermine einen Termin mit Herrn Stephan Stritter unter
sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de.

Bürgerbüro:
Budenheimerweg 67
55262 Ingelheim
OT Heidesheim

Ich freue mich auf Ihre Fragen, Anregungen und Impulse!

IMPRESSUM:

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Sebastian Münzenmaier,
Mitglied des Bundestages
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

Druck & Verlag:

Eigenverlag (E.i.S.)
Sebastian Münzenmaier
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

MM

www.muenzenmaiers-magazin.de